

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzo, Bernhard Pohl, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FW)**

### **Kernbrennstoffsteuer – negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die kommunalen Finanzen verhindern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die negativen Auswirkungen der Einführung der Kernbrennstoffsteuer für den bayerischen Staatshaushalt und die kommunalen Finanzen vom Bund vollumfänglich kompensiert werden. Die durch die Abzugsfähigkeit der Kernbrennstoffsteuer als Betriebsausgabe entstehenden Ausfälle bei der Gewerbe- und Körperschaftsteuer sind vom Bund auszugleichen.

#### **Begründung:**

Die neu geschaffene Kernbrennstoffsteuer kann von den Energieunternehmen als Betriebsausgabe von der Gewerbe- und der Körperschaftsteuer abgesetzt werden. Dadurch ist mit einer Minderung im Aufkommen dieser beiden Steuern in Höhe von insgesamt 500 bis 600 Mio. Euro pro Jahr zu rechnen. Die Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer werden insbesondere den bayerischen Staatshaushalt belasten, da den Ländern 50 Prozent des Körperschaftsteueraufkommens zustehen. Aber auch die Kommunen sind davon betroffen, da der allgemeine Steuerverbund, an dem die Kommunen 2011 mit 12,2 Prozent beteiligt sind, geschmälert wird. Zusätzlich treffen die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer hauptsächlich die Kommunen. Diese zu erwartenden Steuerausfälle müssen vom Bund übernommen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass sowohl die betroffenen Gemeinden als auch die umlageberechtigten Gebietskörperschaften eine entsprechende Kompensation erhalten. Außerdem muss die Erstattung an den Staatshaushalt in den allgemeinen Steuerverbund fließen, damit auch hier die Kommunen über den Kommunalanteil entlastet werden.

Es darf nicht wieder die Steuergesetzgebung im Bund auf dem Rücken von Ländern und Kommunen ausgetragen werden.

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Markus Reichhart, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und Fraktion (FW)

Drs. 16/6473

**Kernbrennstoffsteuer – negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die kommunalen Finanzen verhindern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

hier schon x-mal betont. Mit eurer Politik vertreibt ihr die Forscher aus unserem Lande, und dann sind wir auf externes Wissen angewiesen. Das wird die FDP nicht mittragen. Wir werden uns dagegen wehren und uns dagegen stemmen. Deswegen bin ich auch dankbar, dass der Antrag gestellt wurde, weil er uns Gelegenheit gibt, das zu unterstreichen und nach außen darzustellen.

Was ich auch schon immer gesagt habe: Sollte sich herausstellen, dass die Gentechnik auch für uns in Bayern Vorteile bringt, dann wollen wir diese nicht von außen einkaufen, sondern die Dinge eigenständig produzieren und im Lande haben und nicht unser Geld nach außen geben. Natürlich sind auch wir für einen verantwortungsvollen Umgang mit dieser Technologie. Wir müssen noch einiges tun, was Patentierung und dergleichen angeht. Aber nichtsdestotrotz: Dies hat nichts mit der Technologie zu tun.

Zum Schluss möchte ich noch sagen: Es gibt keine gentechnikfreien Regionen; zumindest nicht bei uns im Land, und Bayern würde durch einen Beitritt nicht gentechnikfrei werden. Ich erinnere daran: Es gibt die rote Gentechnik und die weiße Gentechnik. All das ist anerkannt, und all das ist im Einsatz. Wer hier über so etwas debattiert und über so etwas beschließen will, gaukelt den Menschen draußen im Lande etwas vor, das es so nicht gibt. Auch dabei wird die FDP nicht mitmachen. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/6472 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Freien Wähler. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u. a. und Fraktion (FW)**

### **Kernbrennstoffsteuer - negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die kommunalen Finanzen verhindern (Drs. 16/6473)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Pointner. Sie haben noch 15 Minuten Zeit, Herr Kollege.

**Mannfred Pointner (FW):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Zustimmung des Bundesrates vom 26. November ist der Weg für das Inkrafttreten des Kernbrennstoffsteuergesetzes zum 01.01.2011 freigemacht worden. Das Kernbrennstoffsteuergesetz ist unter der Bezeichnung Brennelementesteuer besser bekannt. Diese Steuer ist Ausfluss der Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke. Wir lehnen diese Laufzeitverlängerung ab, das heißt, wir haben sie abgelehnt, wie Sie wissen. Es kann und darf nicht sein, Herr Kollege Kreuzer, dass die Mehreinnahmen des Bundes durch diese Steuer - man redet von 2,3 Milliarden - zu Mindereinnahmen bei den Ländern und Kommunen führen. Diese Steuer kann als Betriebsausgabe geltend gemacht werden und führt dann zu einem geringeren Aufkommen bei der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer teilen sich der Bund und die Länder.

Wenn eintritt, was erwartet wird, dass nämlich diese 2,3 Milliarden von den Unternehmen nicht oder nicht vollständig auf die Preise aufgeschlagen werden, dann werden die Mindereinnahmen bei den Ländern und Kommunen mindestens 500 Millionen betragen, eventuell sogar mehr; man redet auch schon von 600 Millionen. Davon entfallen ungefähr 220 Millionen auf die Länder, 280 Millionen auf die Kommunen.

Der Bundesrat hat mit seiner Entscheidung auch Beschluss über eine Entschließung gefasst, wonach bis 30.06.2012 eine Evaluierung erfolgen soll, wie sich die Steuer auf die Einnahmen der Länder und Kommunen auswirkt. Der Bundesrat fordert darüber hinaus eine Kompensation der dann errechneten Mindereinnahmen.

Unser Antrag geht dahin, dass auch der Bayerische Landtag dieser Forderung Nachdruck verleiht und nicht auf die Einwände des Bundes eingeht, die bereits erhoben worden sind, wonach die Kommunen und Länder durch die Verlängerung der Laufzeit auf längere Zeit Steuereinnahmen hätten. Das ist ein Blick in die Zukunft, und keiner weiß, ob das so eintreten wird. Deshalb muss die Kompensation sofort erfolgen.

Wichtig für uns ist - wir fordern das auch ganz konkret -, dass diese Kompensation bei den Kommunen so ankommt, als wären es reguläre Steuereinnahmen.

Das hat ganz besondere Gründe. Soweit die Länder Kompensationen erhalten - hier geht es um das Land Bayern -, müssen diese Gelder in den sogenannten allgemeinen Steuerverbund eingehen, damit die Gemeinden über ihren Anteil an dieser Steuer - das sind voraussichtlich 12,2 %; gegenwärtig 12 % - auch einen entsprechenden Anteil an dem Verbund erhalten. Betragsmäßig macht es zwar keine weltbewegende Summe aus, aber es könnten immer noch fünf oder sechs Millionen sein. Da wir heute über Kleinbeträge im Zusammenhang mit den Altenpflegeschulen diskutiert haben, spielt auch das eine gewisse Rolle.

Noch wichtiger ist aber, dass diejenigen Körperschaften - soweit die Kommunen eine Kompensation erhalten -, die umlageberechtigt sind, auch davon profitieren. Eine Kompensation ist keine Steuereinnahme der Gemeinden. Sie fällt damit nicht in die Umlagekraftberechnung, das heißt, die Standortgemeinden von Kraftwerken würden dann das für sich selber behalten. Uns ist aber wichtig, dass die Landkreise und Bezirke davon profitieren. Wenn man von einem Hebesatz von 50 Punkten ausgeht - der ist in Bayern gar nicht so selten; wir rechnen da mit circa 50 Millionen, die als Ausfälle zugunsten der Kommunen kompensiert werden müssen -, macht das bei den Landkreisen 25 Millionen aus. Wenn voraussichtlich drei Landkreise davon betroffen sind, ist das eine ganz erhebliche Summe; denn wir wissen, dass ein Punkt Kreisumlage in den meisten Landkreisen 1 Million oder 1,5 Millionen Euro ausmacht. Wie man es regelt, ist kein Problem; das ließe sich mit dem Finanzausgleich machen. Es sollte also den Landkreisen und den Bezirken, die ungefähr die Hälfte der Umlagen der Landkreise für sich abziehen, zugute kommen.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag. Ich wäre damit mit meinem Vortrag am Ende.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Für die CSU kommt die Wortmeldung vom Kollegen Graf von und zu Lerchenfeld.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Ich habe den Eindruck, irgendwie ist heute nicht so ganz der Tag der Freien Wähler: zuerst der Beitrag in der Aktuellen Stunde, obgleich der Bundesrat schon alles hinsichtlich der Verjährungsfragen beschlossen hat, und jetzt ein Antrag, wozu ebenso der Bundesrat Beschlüsse getroffen hat, die genau dem entsprechen, was Sie vorgelesen haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Dann können Sie ja zustimmen!)

Der Bundesrat hat in seiner Entschließung, lieber Herr Kollege Pointner, die Sie auch vorgetragen haben, festgestellt, dass bis zum 30. Juni 2012 eine Evaluierung durchzuführen ist, die die Auswirkungen auf die Kommunen und die Haushalte der Kommunen darstellen soll, und dann eine entsprechende Kompensation erfolgen soll. Dazu gibt es eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Bundesregierung und der Länderfinanzminister. Die Steuerausfälle sollen kompensiert werden. Wie hoch diese Belastungen insgesamt sein werden, kann man heute noch nicht abschätzen. Deshalb ist ein relativ langer Evaluierungszeitraum gewählt worden. Sie, lieber Kollege Pointner, verteilen inzwischen die Beute, über deren Höhe wir uns noch gar nicht im Klaren sind, schon zwischen den einzelnen umlagefähigen und umlageberechtigten Körperschaften.

Derzeit liegt dieser Gesetzentwurf dem Bundespräsidenten zur Begutachtung und zur Unterschrift vor. Die Brennelementesteuer wird demnach zum 1. Januar des kommenden Jahres eingeführt werden. Wir können von der parlamentarischen Seite gar nicht mehr angreifen, weil die Gesetzgebung dort schon abgeschlossen ist. Interessant ist in meinen Augen auch, dass die Besteuerung der Brennelemente eine Forderung war, die von fast allen Parteien schon längst erhoben wurde. Sie ist insbesondere von den Gegnern der Kernkraft - von der SPD und den GRÜNEN - gefordert worden. Während Ihrer damaligen Regierungszeit haben Sie es nicht geschafft, eine solche Steuer tatsächlich einzuführen. Ihr Dringlichkeitsantrag ist eigentlich, wenn man so will, erledigt, weil der Bundesrat schon zugestimmt hat. Einer Protokollnotiz ist zu entnehmen, dass der Bund die Forderungen der Länder akzeptieren werde. Somit ist der Dringlichkeitsantrag überflüssig und erledigt.

Ich bin Ihnen aber dankbar - das muss ich ehrlich sagen -, dass Sie den Antrag gestellt haben. Auf diese Weise wird es mir ermöglicht, meinen Dank an den Finanzminister, an die Bayerische Staatsregierung und den Ministerpräsidenten auszusprechen. Sie haben sich in einzigartiger Weise mit diesem Gesetz für die Kommunen und für das Land Bayern eingesetzt. Dafür bin ich sehr dankbar. Vielen Dank, Herr Finanzminister. Wir werden diesem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Das Wort hat nun Herr Kollege Halbleib für die SPD-Fraktion.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Laufzeitverlängerung und die damit zusammenhän-

genden Entscheidungen sind nicht nur ein dramatischer Schritt für die Energie- und Umweltpolitik, sondern ein massiver Angriff auf die Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunen haben über ihre Stadtwerke in erneuerbare Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung investiert. Nach Berechnungen des Städtetages werden die Kommunen aufgrund der Laufzeitverlängerung einen finanziellen Schaden von circa 4,5 Milliarden Euro erleiden. Das ist der erste Schlag, den Sie den Kommunen versetzt haben.

Mit der Finanzierung von Steuerausfällen sollen die Kommunen für diesen unseligen Pakt zwischen der Atomindustrie und Schwarz-Gelb bezahlen. Die Kernbrennstoffsteuer führt zu Steuerausfällen. Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, es gibt eine relativ präzise Liste, die bis auf die Stelle hinter dem Komma aufzeigt, welche Auswirkungen diese Kernbrennstoffsteuer auf die Finanzierung der Kommunen hat. Diese Liste war die Grundlage der abschließenden Gespräche zwischen Bundeskanzlerin Merkel und den Ministerpräsidenten der Länder im Kanzleramt. Die Ausfälle sind dort exakt aufgelistet. Die Kommunen müssen von 2011 bis 2018 mit Ausfällen in Höhe von 680,8 Millionen Euro rechnen. Das ist die Schätzung, die dieser Vereinbarung zugrunde liegt. Für die Länder entstehen Einnahmeausfälle in Höhe von 539 Millionen Euro. Diese Ausfälle kommen auf die Kommunen und die Länder zu.

Selbstverständlich trifft dies einzelne Gemeinden, die mit Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer rechnen müssen. Die Auswirkungen auf die Gewerbesteuerumlage hat Herr Pointner sachgerecht dargelegt. Zudem müssen die Gemeinden auf einen Anteil am allgemeinen Steuerverbund verzichten. Das ist der zweite Schlag, den Sie den Kommunen neben den fehlenden Gewinnen, die die Stadtwerke in den nächsten Jahren zu beklagen haben werden, in einem finanziell durchaus beachtlichen Ausmaß versetzen. Die Haltung, die die CDU/CSU und die FDP im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Kernbrennstoffsteuer an den Tag gelegt haben, ist bemerkenswert. Das ist ein Lehrstück in Sachen "Kommunalfreundlichkeit" und "Föderalismus".

Im Gesetzentwurf, den Sie am 28.09.2010 vorgelegt haben, sind die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte verankert. Ich erspare mir das wörtliche Zitat. Laut Gesetzentwurf sollen Bund, Länder und Kommunen nur durch gegebenenfalls steigende Strompreise Kosten aus dieser Gesetzesänderung erfahren. An der Stelle des Gesetzentwurfs, die Informationen über die Kosten enthalten soll, steht nichts

über die Einnahmeausfälle bei den Kommunen und Bundesländern. Im Gesetzgebungsverfahren werden diese im Antrag der CDU/CSU und FDP völlig unterschlagen. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass Sie zuletzt an die Kommunen denken.

(Beifall bei der SPD - Hubert Aiwanger (FW): Genau!)

Hier war Nachhilfeunterricht nötig. Leider hat dieser nicht ausgereicht. Die Bundesregierung hat die Hinweise vonseiten der Kommunen ignoriert. Irgendwann sind die Landesregierungen aufgewacht. Die Ministerpräsidenten haben sich Mut angetrunken. Aber statt dass die Interessen der Länder und Kommunen durchgesetzt wurden, kam es zu einem wirklich windelweichen Formelkompromiss. Die Belastung bleibt. Der Ausgleich für diese Ausfälle ist völlig offen. Das ist ein windelweicher Evaluierungskompromiss. Die Interessen der Bundesländer und vor allem die Interessen der Kommunen sind nicht vertreten worden. Alle wissen: Entweder werden solche Dinge gleich geregelt, oder Sie werden nie geregelt. Insofern ist dieser Evaluierungsbeschluss ein Beleg dafür, dass die Kommunen tatsächlich mit Ausfällen rechnen müssen. Meiner Meinung nach haben Sie den Interessen der Länder und Kommunen in diesem Fall einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Leider passt dies auch zu anderen Fehlentscheidungen im Bereich der Kommunalfinanzen, so zur permanenten Infragestellung der Gewerbesteuer, das betrifft insbesondere die FDP, Teile der CDU und leider auch Teile der CSU. Die Ansätze, die Gewerbesteuer zu durchlöchern, kämen den Unternehmen zugute, die Umgehungstricks insbesondere im internationalen Zusammenhang anwenden. Die Kürzung der Städtebauförderung, einem zentralen Baustein der kommunalen Finanzierung, um 155 Millionen Euro im Jahre 2011 gegenüber diesem Jahr und die Halbierung der Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre sind massive Einschränkungen für die Kommunen. Dazu passt auch der Finanzausgleich in Bayern. Zwar kümmert man sich in Sonntagsreden um die kommunalen Belange im politischen Alltag werden sie jedoch hintangestellt.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Als Nächster hat Kollege Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kernbrennstoffsteuer ist ein wunderschönes Beispiel

für die Planlosigkeit dieser Bundesregierung. Sie zeigt die Planungslosigkeit in der Steuerpolitik und in der Energiepolitik. Keine fünf Monate ist es her, dass wir hier im Hohen Haus über das Thema diskutiert haben. Damals war das Thema Kernbrennstoffsteuer - besser bekannt als Brennelementesteuer - noch ein Bestandteil des Konzeptes zur Sanierung der Staatsfinanzen auf Bundesebene. Es wurde darüber diskutiert, dass die Kernkraftwerke als einzige Produzenten von Strom aus fossilen Energieträgern nicht unter eine Besteuerung des Brennstoffes fallen. Die Kohle- und Gaskraftwerke fallen unter den Emissionshandel, die Kernkraftwerke nicht. Wir haben darüber diskutiert, dass die kleinen Leute einen Teil zur Sanierung des Staatshaushalts beitragen müssen. Über den Heizkostenzuschuss wurde an der Hartz-IV-Schraube gedreht. Die großen Energiekonzerne hätten einen Beitrag über die Brennelementesteuer leisten sollen.

Was daraus geworden ist, kann man schnell sehen. Drei Monate später - Anfang September - hat die Kanzlerin in einer Nachtsitzung mit ihrem Wirtschaftsminister - der Umweltminister war selbst nicht anwesend - ausgehandelt, zu welchen Bedingungen die Kernbrennstoffsteuer eingeführt werden soll. Eigentlich haben die Konzerne der Kanzlerin diktiert, zu welchen Bedingungen sie die Kernbrennstoffsteuer akzeptieren würden. Das hat dazu geführt, dass die Kernbrennstoffsteuer ein Teil des Atomdeals geworden ist. Hohe Erwartungen sind an die Höhe der Einnahmen herangetragen worden. Die 2,3 Milliarden Euro, die jährlich an den Staat fließen sollen, stellen nur einen Bruchteil dessen dar, was man den Konzernen abverlangen kann. Durch die Laufzeitverlängerung machen sie Milliardengewinne. Damit wird das Instrument der Kernbrennstoffsteuer nicht grundsätzlich infrage gestellt, aber wie sie entstanden ist, sollte erwähnt werden. Die 2,3 Milliarden Euro, die als jährliche Einnahme erwartet werden, werden so mit Sicherheit nicht kommen. RWE hat es vorgemacht. Die Brennelementesteuer wird fällig, sobald die Brennelemente erstmalig nach 2011 ausgetauscht werden. Was hat man beim AKW Biblis gemacht? Der Wechsel wurde in dieses Jahr vorgezogen. Somit konnten über 280 Millionen Euro an Steuern ganz legal gespart werden. Dieser Steuertrick wird sicher Schule machen, auch andersherum. Die Brennelementesteuer ist bis 2016 begrenzt. Man wird die Brennelemente weiter abbrennen, wie es heißt, man wird sie also länger im Reaktor lassen, um wieder über eine bestimmte Zeit hinwegzukommen, um dann am 2. Januar 2017 die Brennelemente zu wechseln und wieder mal keine Steuern zahlen zu müssen. Man muss es schon deutlich sagen: Dieses Instrument wird nicht so angewandt, wie es sich viele im Hohen Haus im Sommer

erhofft haben, als einstimmig beschlossen wurde, dieses Instrument einzuführen.

Aus einem Grund geht uns der Antrag der Freien Wähler nicht weit genug. Den größten Nachteil werden die Kommunen durch die Laufzeitverlängerungen haben, da die dezentrale Energieversorgung weiter auf der Strecke bleiben wird. Die Investitionen in den Regionen werden auf der Strecke bleiben. Die kleinen Unternehmen, die in die Kommunen investieren und die dort Gewerbesteuer zahlen, werden auch auf der Strecke bleiben. Des Weiteren wird eine ganze Reihe von rentablen Investitionen, die die Kommunen in den letzten Jahren auf dem Stromsektor getätigt haben, in die roten Zahlen gedrückt. Diese Unternehmen werden auch keine Gewerbesteuern mehr bezahlen. Das bedeutet weniger Steueraufkommen in der Region. Deshalb hätten wir uns gewünscht, dass es im Antrag noch deutlicher zum Ausdruck kommt, dass aufgrund der Verlängerung der Laufzeiten die Frage gestellt werden muss, ob sich die Steuereinnahmen für die Regionen überhaupt erhöhen werden oder ob es nicht insgesamt weniger wird.

Wir werden dem Antrag zustimmen, weil das Instrument der Brennelementesteuer wichtig ist, auch wenn sie jetzt alles andere ist, als sie es sein sollte. Sie sollte kein Dealinstrument sein, sondern eine längst überfällige Besteuerung einer privilegierten Kraftwerkstechnik darstellen, zumal diese Kraftwerkstechnik Unmengen an Kosten verursacht.

Zum Schluss noch eine Bemerkung an den Kollegen Graf von und zu Lerchenfeld. Sie haben es vorhin erwähnt. In der vergangenen Woche hat sich die Kanzlerin mit den Parteikollegen der Länder getroffen und darüber verhandelt, wie mit der Brennelementesteuer umgegangen wird. Beim Zeitfenster bis 2012 habe ich schon den Verdacht, dass sie selber nicht mehr damit rechnet, dass der Atomdeal solange hält, oder rechnet sie selber nicht mehr damit, dass die Bundesregierung solange hält? Warum gibt es ein so langes Zeitfenster? Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Für die FDP hat sich Kollege Professor Barfuß gemeldet.

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Schule hat es immer geheißen: Thema verfehlt. Die Überschrift des Antrags lautet: "Kernbrennstoffsteuer - negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die kommunalen Finanzen verhindern". Darauf ist Graf von und zu Lerchenfeld eingegangen. Das, was die anderen Kollegen gemacht haben, nämlich die Städtebauförde-

zung und Sonstiges vorzurechnen, mag ganz interessant sein, aber es passt nicht zum Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Wer von den GRÜNEN und der SPD so alt ist wie ich, wird mir doch zustimmen, dass ein gewisser Herr Helmut Schmidt und ein gewisser Herr Georg Leber damals mit der Kernenergie begonnen haben. Ist das richtig, oder habe ich es falsch in Erinnerung? Ich kann mich noch gut erinnern, dass in der gesamten Republik - damals hat man noch BRD bzw. Bundesrepublik Deutschland alt gesagt - ein Konsens darüber bestand, dass die Kernenergie ein Teil unserer Energie ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU - Christa Naaß (SPD): Wann war das?)

- Ich bin Jahrgang 1944. Sie können es sich ausrechnen, Frau Kollegin.

Durch den Einfluss der Zeitgeschichte hat sich die Meinung etwas gedreht. In anderen Ländern dagegen - in Finnland, Frankreich oder auch im Osten, in Amerika oder in China - glaubt niemand, dass am deutschen Wesen die Welt genesen wird. Überheben Sie sich also nicht.

Mir geht es um Folgendes: Herr Kollege Pointner, ich schätze Sie persönlich und Ihr Fachwissen sehr. Sie haben es hervorragend dargestellt. Für mich aber stellt sich die Frage, ob der Antrag schon obsolet ist oder nicht. Hat der Bundesrat schon entschieden? Macht es noch einen Sinn, hier darüber zu diskutieren? Es ist wie in einer Fußballmannschaft. Es ist schön, wenn man einen guten Libero hat. Wenn er nicht eingreifen muss, ist es noch besser. Ich sehe, dass Sie in der Rolle des Liberos waren. Sie müssen aber nicht mehr eingreifen; denn die Bundesregierung und der Bundesrat haben beschlossen, und Sie können davon ausgehen, dass wir alles tun werden, dass die Gemeinden nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Barfuß, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Machen wir es doch so: Wenn ich fertig bin gerne; denn sonst geht es wieder auf mein Redezeitkontingent, wie ich gelernt habe.

Ich möchte hier einfach, dass wir nicht ideologisch diskutieren. Herr Hartmann, wenn es so einfach ist, dass man der Frau Bundeskanzlerin diktieren kann, verstehe ich nicht, warum Sie seinerzeit Ihrem Bundeskanzler nicht diktiert haben, was Sie wollen. Warum haben Sie damals keine solche Steuer einge-

führt zu Konditionen, dass auch die Kommunen davon hätten profitieren können, wenn es so einfach ist? Ich verahre mich dagegen, dass ein gewählter Vertreter - egal, ob ein Ministerpräsident oder die Frau Bundeskanzlerin - sich diktieren lassen soll. Das ist eine Verschleuderung der Sprache. Wo kommen wir da hin? Lässt sich jemand von Ihnen etwas diktieren? Wir diskutieren miteinander. Ich würde mir nichts von einem anderen diktieren lassen, und Sie würden es sich sicher auch verbeten. Rüsten wir also ein bisschen ab und kommen wir wieder zurück.

Jetzt gestatte ich gerne diese Anmerkung oder Zwischenfrage.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Das Wort wird aber immer noch von hier oben erteilt. Herr Kollege Halbleib.

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Ich wollte Ihnen nur sagen, dass ich jetzt fertig bin.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Sie sind also bereit, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Herr Präsident, ich entschuldige mich in aller Form.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Es ist schon in Ordnung. Herr Kollege Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, lieber Kollege Barfuß, ich bedanke mich für das Zusammenspiel von Ihnen beiden.

Zwei Anmerkungen bzw. Fragen: Halten Sie es denn nicht für problematisch, wenn in einem Gesetzentwurf der CDU/CSU und FDP im Bundestag die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte dargestellt werden, dabei aber nur die Bundeseinnahmen beschrieben und als negative Auswirkungen bei den Ländern und Kommunen nur möglicherweise steigende Strompreise vermerkt werden, die Einnahmeverluste in einem Umfang von etwa 600 Millionen Euro bei den Kommunen und 500 Millionen Euro bei den Ländern aber nicht erwähnt werden? Würden Sie mir zustimmen, dass dazu Ausführungen notwendig wären?

Zweite Frage: Sie insistieren darauf, dass der Bundesrat dieses Thema erledigt. Nach der Beschlussfassung des Bundesrats, die Ihnen auch vorliegen müsste, heißt es nur, dass zunächst evaluiert wird und dass dann eine Kompensation geprüft wird. Das ist ziemlich wenig. Wer die Zusammenhänge kennt, weiß, dass der Ausgleich gleich ausgehandelt wird, oder dass alles auf die lange Bank geschoben wird. Ich wollte das nur feststellen. Sind sie wenigstens bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Bundesrat nur

eine Evaluation und eine Prüfung, aber keineswegs eine Kompensation beschlossen hat?

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Zum Bundesrat möchte ich Folgendes sagen: Ich kann mich erinnern, dass der Ausstieg der Kernenergie ohne Bundesrat beschlossen wurde. Jetzt probieren Sie es eben so ähnlich.

Zurück zum eigentlichen Thema. Sie haben heute Nachmittag bei den Altenpflegeschulen gemerkt, dass ich nicht damit zufrieden war, wie es vom Ministerium gehandhabt wird. Ich hätte es gerne gesehen, dass auch hier die Zahlen vorgelegt werden. Ich würde aber allen Parteien - auch Ihnen, wenn Sie an der Regierung wären - zutrauen, dass sie es nicht ganz so ernst nehmen. Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung noch länger bleibt und gute Chancen hat, weil sich alles wieder einmal drehen kann. Wir werden hart arbeiten. Ich bekenne mich offen zur Kernenergie als Brückenenergie. Etwas anderes haben wir nie gesagt. Es gehört auch zur Wahrheit, dass durch die schwarz-gelbe Bundesregierung auf dem Gebiet mehr getan wurde, als es bisher der Fall war. Auch wenn es unpopulär ist, werden Sie mir doch gestatten, dass ich das sage. Ob es Ihnen gefällt oder nicht, müssen Sie beurteilen. Ehre, wem Ehre gebührt.

Wir haben auch noch mehr für die Entsorgung getan. Herr Kollege Thalhammer hat es heute gesagt. Helmut Schmidt und Georg Leber habe ich vorhin erwähnt. Sie wissen alle, dass sie die Urheber waren. Wo hätten Sie denn den Müll hingebacht, der in deren Regierungszeit entstanden ist? Haben Sie damals schon eine Lösung gehabt? Sie haben alle miteinander in der Republik keine Lösung gehabt. Denken Sie einmal an die Opportunitätskosten. Was würde denn passieren, wenn nicht genügend Energie zur Verfügung stünde? Was würde passieren, wenn in der Zeitung steht, dass 35.000 Menschen erfroren sind oder soundsoviele hunderttausend Arbeitsplätze verloren gehen? Mit vollen Hosen ist gut stinken. Wenn man hier herinnen eine warme Stube hat, kann man über so etwas reden. Denken Sie aber einmal darüber nach, was passieren würde, wenn die Energie nicht da wäre. Auch diesen Gedanken muss man einmal zu Ende denken.

(Ludwig Wörner (SPD): "Die Stromlüge"! Lesen Sie den Wirtschaftsteil der "Süddeutschen Zeitung" von heute!)

- Vor lauter Parlamentsdebatten bin ich noch nicht dazugekommen, Herr Kollege. Ich lese es aber gerne nach. Hoffentlich ziehen wir dann auch die gleichen Schlüsse daraus. Es könnte doch sein, dass ich zu

einem anderen Ergebnis komme als Sie. Wir stimmen dem Antrag nicht zu.

(Wortmeldung des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Barfuß, bleiben Sie bitte hier. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung.

(Hubert Aiwanger (FW): Ich nehme die Redezeit in Anspruch!)

Dann haben wir keine Zwischenbemerkung.

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Dann darf ich mich mit Ihrer Erlaubnis vom Pult entfernen.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Das dürfen Sie. Ich danke Ihnen für Ihren Redebeitrag. Dann hat sich Herr Kollege Aiwanger vor dem Staatsminister noch zu Wort gemeldet.

**Hubert Aiwanger (FW):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, ich will Sie fragen, ob Sie so naiv sind zu glauben, dass die Sache erledigt sei, wenn die Brennelementesteuer zum 1. Januar eingeführt und nach eineinhalb Jahren evaluiert wird, sodass man dann rückwärts betrachtet feststellt, wie viele hundert Millionen bei Ländern und Kommunen fehlen. Ist hier wirklich eine vollständige Kompensation gewährleistet? Ich muss ehrlich sagen: Nach dem, was wir bisher an Kommunalfreundlichkeit von der Bundesebene erfahren haben, bin ich überzeugt, dass wir mit dem Ofenrohr ins Gebirge schauen werden. Die Kommunen werden feststellen, dass die Gewerbesteuererinnahmen weggebrochen sind und sich der Bund nicht zu Wort melden wird. Am Ende wird man sagen, dass man es nicht genau erfassen konnte. Im Rückwärtsgang geht nichts mehr.

Deshalb ist unser Vorstoß berechtigt. Ich halte es geradezu für fahrlässig, Länder und Kommunen so abSpeisen zu wollen. Es ist traurig genug, dass Länder und Kommunen erst nach der Verabschiedung des Gesetzes aufgewacht sind - wie das so schön gesagt wurde. Sie merken erst jetzt, dass sie davon betroffen sind und dass die Bundesregierung vorher die Auswirkungen entweder verschwiegen oder bewusst übersehen hat.

Ich sage ganz klar: Dieses Gesetz ist nicht zu Ende gedacht, wie so vieles in der Energiepolitik dieser Regierung. Setzen Sie sich deshalb dafür ein, dass wir möglichst zeitnah klare Entschädigungsregelungen bekommen. Sie sollten nicht am Sankt-Nimmerleins-



Tag in den Rückspiegel schauen, um zu sehen, wer alles überfahren worden ist. Wir brauchen jetzt Klarheit und keine Versprechung, die nicht eingehalten wird. Ich appelliere an Sie, diese Sache ernst zu nehmen und sich nicht darauf herauszureden, dass alles bedacht worden wäre. Es wurde nicht bedacht; sonst wären Sie nicht im Nachhinein darauf gekommen, dass Sie diese Auswirkungen völlig übersehen haben.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Als abschließenden Redner habe ich Herrn Staatsminister Fahrenschon auf meiner Liste. Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz an die Fakten erinnern. Der Deutsche Bundestag hat mit Beschluss der Regierungsfractionen von CDU/CSU und FDP am 28. Oktober als ein Element des Energiekonzepts der deutschen Regierung die Einführung einer Kernbrennstoffsteuer beschlossen. Der Bundesrat hat zu diesem Gesetz in seiner Sitzung am letzten Freitag keine Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangt. Das Brennstoffsteuergesetz kann somit wie geplant zum 1. Januar wirksam werden.

Im Übrigen wird mit dem Gesetz eine Forderung insbesondere der Sozialdemokratie, aber auch des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN umgesetzt. Trotzdem hagelt es von allen Seiten Kritik. Ich kann dazu nur sagen: Irgendwann müssen Sie sich entscheiden. Wollen Sie die Brennelementesteuer? Dann müssten Sie jetzt eigentlich sagen, dass dies ein richtiger Beschluss war. Oder Sie sind angesichts der Tatsache, dass Sie es in sieben Jahren Bundesregierung nicht geschafft haben, dieses Gesetz durchzusetzen, heute die schlechten Verlierer, die sagen: Wir wollen nicht akzeptieren, was erfolgreich erarbeitet worden ist?

(Hubert Aiwanger (FW): Mit einem fairen Ausgleich Ja!)

Lieber Herr Pointner und lieber Herr Aiwanger, mir geht es wie Herrn Kollegen Freiherrn von Lerchenfeld. Ich muss an diesem Tag zum zweiten Mal sagen: Die Freien Wähler sind zwar da, aber sie sind zu spät; denn die parlamentarische Gesetzgebung ist seit letztem Freitag abgeschlossen. Unabhängig davon, dass es sich beim Brennstoffsteuergesetz um ein Einspruchsgesetz handelt, das auch nach einem Vermittlungsverfahren vom Deutschen Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen beschlossen werden könnte, muss man feststellen: Heute sind Sie zu spät. Es geht nichts mehr. Lieber Herr Aiwanger und lieber Herr Pointner, die gute Nachricht lautet jedoch, dass

Sie sich immer auf die Bayerische Staatsregierung verlassen können. Selbstverständlich haben wir nicht nur das Problem der steuerlichen Sekundärwirkung aufgrund des steuerwirksamen Betriebskostenabzugs der Kernbrennstoffsteuer gesehen, nein, die Staatsregierung ist gegenüber dem Bund auch aktiv geworden.

Der Bundesrat hat auf unsere Vorarbeiten hin eine Entschließung gefasst. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, bis zum 30. Juni des Jahres 2012 die mittelbaren Steuerwirkungen der Einführung der neuen Steuer auf die Haushalte der Länder und Gemeinden zu evaluieren. Das ist auch wichtig; denn die dezidierte Wirkung kann heute keiner vorhersehen. Am Ende ist den Kommunen besser geholfen, wenn wir die negativen Auswirkungen wirklich kennen und eine 100-prozentige Kompensation erreichen, als wenn wir versuchen, uns aufgrund irgendwelcher Projektionen gut oder weniger gut zu rechnen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Deshalb gilt es zunächst einmal, die Belastungen konkret darzustellen und dann eine entsprechende Regelung zu erreichen.

Lieber Herr Halbleib, Sie dürfen nicht den Fehler machen, von sich auf andere zu schließen. Natürlich sagen die Kommunen zu Recht: Wir sind in der Vergangenheit in der Bundespolitik überrollt worden. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Einführung der Grundsicherung unter Rot-Grün. Wir stellen heute fest: Ihre Zusagen sind erstens nicht eingehalten worden; zweitens führt die Grundsicherung, die die Sozialdemokraten und die GRÜNEN zu vertreten haben, mittlerweile zu einer Kostensteigerung von 190 %. Wer so mit den Kommunen umgeht, kann hier nicht sagen, wir würden keine ordentliche Kommunalpolitik betreiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb fordere ich an dieser Stelle, dass Sie uns mit derselben Verve, mit der Sie sich heute präsentieren, bei der Forderung unterstützen, dass der Bundesrat, die SPD-geführten Länder und die SPD-Bundesfraktion die Fehler der Vergangenheit deutlich machen und den Kommunen endlich das Geld geben, das ihnen versprochen wurde. Die Grundsicherung haben Sie eingeführt. Lieber Herr Halbleib, den Zusagen sind Sie heute noch nicht nachgekommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ganz im Gegensatz dazu steht die amtierende Bundesregierung. Die amtierende Bundesregierung hat in

der Protokollerklärung zur Bundesratssitzung deutlich gemacht, dass den Forderungen des Bundes nachgekommen wird. Deshalb war es strategisch richtig, das Brennstoffsteuergesetz im Bundesrat passieren zu lassen; denn ohne das Zugeständnis der Bundesregierung, die letztendlich die Ansprüche der Länder und der Gemeinden im Hinblick auf die steuerliche Sekundärwirkung anerkannt hat, stünden wir heute mit leeren Händen da. Dass Steuerausfälle vor allem die Kommunen besonders hart treffen würden, steht für uns außer Zweifel. Deshalb war die strategische Einlassung, das Gesetz bei Vorlage des Gegenangebots passieren zu lassen, richtig.

Lieber Herr Hartmann, am Schluss möchte ich schon noch sagen, dass ich glaube, Sie haben die Konzeption nicht verstanden. Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, die Brennelementesteuer dauerhaft einzuführen. Das sind frische Beschlüsse Ihres Bundesparteitags. Natürlich fordern Sie eine deutlich höhere Anhebung der Steuersätze; denn mehr als Steuererhöhungen fällt dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht ein. Damit legen Sie die Axt an den Fonds. Diesen Fonds haben wir jedoch mit Absicht in die Energiekonzeption der Bundesregierung eingeführt, um am Ende nicht nur eine Steuer zu erwirken, sondern über den Fonds den Ausbau regenerativer und nachhaltiger Energiekonzepte zu finanzieren. Wenn Sie diesen Fonds fallen lassen, müssen Sie die Antwort darauf geben, wie Sie die Kommunen in der Zukunft in die Lage versetzen wollen, regenerative und neue Energien zu unterstützen.

Aus Sicht der Staatsregierung kann deshalb zum Abstimmungsverhalten der Fraktionen und des Landtags nur Folgendes gesagt werden:

Erstens. Die Staatsregierung hat mit ihrem Einsatz für die Entschließung und dem Zugeständnis der Bundesregierung ihre Hausaufgaben gemacht.

Zweitens. Die Staatsregierung ist insbesondere ihrer ganz speziellen Verantwortung gegenüber den Kommunen wieder einmal gerecht geworden.

Drittens. Wieder einmal ist deutlich geworden, dass man der Opposition die Verantwortung für unser Land mit gutem Gewissen nicht übertragen kann. Die wichtigen Dinge verschlafen die Damen und Herren auf dieser Seite.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, ich darf deshalb für die Staatsregierung deutlich machen, dass sich dieser Dringlichkeitsantrag schon mit der Antragstellung erledigt hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Minister, bleiben Sie noch ein bisschen. Wir haben nämlich zwei Zwischenbemerkungen, zuerst Herr Kollege Pointner und dann Herr Kollege Halbleib.

**Mannfred Pointner (FW):** Herr Staatsminister, mit dem ersten Teil unseres Antrags, nämlich der Forderung, dass eine Kompensation geleistet werden muss, haben wir uns an der Praxis der CSU und der FDP orientiert, die ebenfalls Dringlichkeitsanträge stellen, wenn die Staatsregierung bereits tätig geworden ist. Noch ist nichts entschieden. Das ist lediglich eine Forderung, die im Bundesrat erhoben worden ist. Eine Entscheidung wurde noch nicht gefällt. Wir haben schon öfter beschlossen, dass die Staatsregierung eine solche Forderung unterstützen soll. Wenn Sie das nicht wollen, brauchen wir diese Themen nicht mehr im Landtag zu behandeln.

Nach Ihren Worten wird es voraussichtlich eine Kompensationszahlung geben. Ich habe vorgeschlagen, dass darüber hinaus darauf geachtet werden sollte, dass nicht nur Gemeinden, die die Gewerbesteuererträge haben, diese Gelder bekommen, sondern diese Mittel auch in die Umlage einfließen sollen. Darauf ist bisher niemand eingegangen. Vielleicht war das zu kompliziert.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Lieber Herr Pointner, ich kann nur festhalten: Der Antrag ist nach Abschluss des Verfahrens eingebracht worden. Nach Abschluss des Verfahrens damit den Landtag zu befassen, halte ich nicht für sehr klug. Es sei Ihnen unbenommen: Sie dürfen als Fraktion die Anträge einbringen, die Sie für richtig halten.

Was die Verrechnung angeht, liefern Sie ein zentrales Argument dafür zu sagen: Wir müssen jetzt abwarten, wie sich die neuen rechtlichen Regelungen niederschlagen und wie sich die neue Steuer auf die unterschiedlichen Ebenen auswirkt. Wenn wir wissen, wie die Auswirkungen sind, können wir uns über die Kompensation unterhalten. Es macht keinen Sinn, schon heute zu sagen, wir gehen über die Umlage oder über Sondertöpfe, sondern es macht Sinn, die Mitte des Jahres 2012 abzuwarten und dann die guten Ergebnisse, die Sie bei dieser Bundesregierung mit Unterstützung dieser Landtagsfraktion erwarten können, auch einzuholen.

(Mannfred Pointner (FW): Das kann man doch jetzt schon beantworten?)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Minister. - Es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib von der SPD-Fraktion.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Minister, danke schön, dass Sie versucht haben, ein paar Punkte anzusprechen, und Sie mir Gelegenheit geben, in zwei zentralen Punkten zu erwidern. Ich würde Sie schon bitten, diese Protokollnotizen - abgesehen davon, dass diese niemand hier kennt - den Fraktionen im Haus zur Verfügung zu stellen.

(Hubert Aiwanger (FW): Wir haben nichts in der Hand!)

Diese sind anscheinend noch Geheimsache. Ich weiß nicht, wem sie vorliegen. Sind Sie bereit, dazu Ausführungen zu machen? Ich stelle nur fest, dass die offizielle Entschließung des Bundesrates nicht Kompensation oder Ausgleich lautet, sondern einzig und allein "Prüfauftrag". Derjenige, der weiß, was ein Prüfauftrag bedeutet, weiß auch, dass das eine ziemlich schwache Position ist.

(Hubert Aiwanger (FW): Genau! Wir haben nichts in der Hand, um das es geht!)

Das muss man sehr deutlich sagen. - Der zweite Punkt. Sie haben den Vergleich mit früheren Bundesregierungen angesprochen. Ich weiß, dass das Thema Grundsicherung im Alter ein sehr sensibles und wichtiges Thema ist. Ich möchte nur auf zwei Punkte hinweisen: Wir haben in Zeiten der rot-grünen Regierungskoalition die Kommunen immerhin im Rahmen des IZBB-Programms aktiv unterstützt und dafür gesorgt, dass sie durch die Verbreiterung der Gewerbesteuer eine solide Einnahmegrundlage behalten, die ausgeweitet wurde.

Ich frage Sie: Was haben Sie seit dem Regierungsantritt der schwarz-gelben Koalition gemacht? Sie haben weder bei der Grundsicherung im Alter eine Korrektur vorgenommen - dazu wären Sie in der Lage gewesen, denn Sie hätten sagen können: Gut, wir geben den Kommunen als Ausgleich einen Betrag - noch habe ich bisher einen Gesetzentwurf gesehen, der dieses regelt.

Zweitens haben Sie zusammen mit dem Koalitionspartner einen Angriff nach dem anderen auf die Gewerbesteuer gefahren. Ich glaube schon, dass wir festhalten können, dass die Städtebauförderung ein Punkt ist, bei dem sich diese Bundesregierung gegenüber den Kommunen nicht mit Ruhm bekleckert hat.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Minister, bitte.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Lieber Herr Halbleib, ich kann Ihnen nur die Zahlen aus der Finanzreformkommission, in der auch Mitglieder Ihrer Partei mitgewirkt haben, vorhalten: Eingliederungshilfe im Zeitraum von 2000 bis 2009 Steigerungsrate 44 %, Hilfe zur Pflege im Zeitraum von 2000 bis 2009 Steigerungsrate 25 %, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Zeitraum von 2003 bis 2009 Steigerungsrate 190 %, Kosten der Unterkunft im Zeitraum von 2005 bis 2009 Steigerungsrate 11 %, Jugendhilfe insgesamt im Zeitraum von 2000 bis 2008 Steigerungsrate 35 %.

Das einzige Angebot, das Sie machen, ist, den Kommunen zu sagen: Ich helfe euch mit der Gewerbesteuer. - Dazu kann ich nur sagen: Jeder Kommunalpolitiker, der heute in Amt und Würden ist, lacht über Ihr Angebot, weil er genau weiß, dass die Gewerbesteuer, so wie Sie sie ausgestaltet haben, eben nicht für stabile Finanzen steht. Deshalb müssen wir über die Zukunft der Gewerbesteuer sprechen. Wir brauchen stabile Finanzen und mit Sicherheit nicht die Vorschläge, die aus Ihren Reihen kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Minister. - Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Ihrer Kollegin zur Rechten. Die Kollegin Stewens möchte auch mit Ihnen parlieren. Bitte schön.

**Christa Stewens (CSU):** Danke schön, Herr Präsident. - Ich wollte dem Gedächtnis des Kollegen Halbleib etwas auf die Sprünge helfen, da ich der Ansicht bin, dass Kollege Minister Fahrenschon schon Bescheid weiß. Die Grundsicherung im Alter ist von der rot-grünen Bundesregierung eingeführt worden - damals ohne jeden Ausgleich für die Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Lieber Kollege Fahrenschon, ist Ihnen bekannt, dass einer unserer Programmpunkte war, als Edmund Stoiber für die Kanzlerkandidatur angetreten ist, dass bei der Grundsicherung im Alter die Beteiligung des Bundes zur Entlastung der Kommunen eingeführt wird und dass Rot-Grün dies nie verwirklicht hat und auch nicht verwirklichen wollte?

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Was haben Sie denn gemacht?)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Minister, bitte.

**Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium):** Es ist, wie Kollegin Stewens zu Recht sagt, ein zentrales, vielleicht sogar das zentrale Ereignis, und zwar zu Recht der kommunalen Ebene. Man hat sich bei der Frage der Grundsicherung darauf verlassen, dass die damalige Bundesregierung - getragen von Rot-Grün - großspurig erklärt hat: Wir kompensieren 2,5 Milliarden Euro - das reicht aus.

(Bernhard Roos (SPD): Vier Milliarden!)

Heute stellen wir fest: Weder die 2,5 Milliarden Euro sind jemals gekommen noch reicht es aus. Das sind die Angebote von Rot-Grün. Darauf verlässt sich kein erfolgreicher Kommunalpolitiker.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Sie können es ja ändern! Sie regieren ja! )

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Minister. - Mir liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen vor. Es ist seitens der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden. Wir müssen, wie immer, zwischen der Antragstellung und der namentlichen Abstimmung eine Viertelstunde vergehen lassen, sodass ich Ihnen vorschlage, mit dem nächsten Tagesordnungspunkt zu beginnen und die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag nach der nächsten Debatte durchzuführen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/6474 mit 16/6476 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf.

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FW)  
zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes  
(Drs. 16/6369)  
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich darf den Kollegen Prof. Dr. Piazzolo ans Mikrofon bitten. Es wurde mir eine Redezeit von zehn Minuten angezeigt, wenn Sie das denn möchten.

(Zuruf von der CSU: Es geht auch kürzer!)

**Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW):** Es wird auch kürzer! - Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: Sie sind auch - das weiß ich von einigen - viel unterwegs in

den Stimmkreisen und sprechen mit den Menschen. Ich glaube, es gibt derzeit, wenn man sich das Verhältnis der Bürger zur Politik anschaut, zwei Problemkreise, die wir in den letzten Wochen, besonders in Stuttgart, intensiv erlebt haben. Der eine ist, dass die Menschen das Gefühl haben, es wird Vieles von oben nach unten entschieden und vielleicht auch an ihnen vorbei, und der andere ist - das ist für mich ein sehr zentrales Thema -, dass die Menschen den Eindruck haben, der Politik fehle die Transparenz. Deshalb ist in den letzten Jahren sehr viel Vertrauen verloren gegangen.

Ich denke, für uns alle ist es wichtig, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Vertrauen gewinnt man dann, wenn man Prozesse in der Politik offen gestaltet, auch ergebnisoffen gestaltet und sie diskutiert.

In diese Richtung geht auch unser Gesetzentwurf, der kurz und prägnant ist und den ich gern begründen möchte. Es geht um die Besetzung des Präsidentenpostens der Bayerischen Landesmedienanstalt, die in einiger Zeit ansteht. Wir befinden uns aber noch nicht im Bewerbungsverfahren. Ich will gar nicht beschreiben, wie es derzeit vorgesehen ist, sondern uns geht es darum, ein transparentes Verfahren vorzuschlagen und es für die nächste anstehende Wahl einzuführen.

Ich habe mich erkundigt, wie es in anderen Bundesländern gemacht wird. In den meisten deutschen Bundesländern wird diese Position öffentlich ausgeschrieben. Wie das Verfahren im Einzelnen geregelt ist, darüber kann man sicherlich trefflich streiten. Aber ich glaube, in der heutigen Zeit sollte man derart wichtige Positionen, die auch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, öffentlich ausschreiben. Dabei geht es darum, Sachverstand einzufordern und möglichst vielen Personen die Chance zu geben, sich zu bewerben. Auf wen später die Auswahl fällt, dafür ist der Medienrat zuständig.

Aber es so zu machen, wie es aktuell der Fall ist, dass man es fünf Personen überlässt, jemanden vorzuschlagen, ist viel zu eng. Ich sage ganz offen: Es geht hierbei nicht um Personen, sondern es geht um das Verfahren. Das möchte ich deutlich sagen. Es geht darum, ein Verfahren zu wählen, das in der heutigen Zeit aus meiner Sicht ohne große Alternativen sein sollte.

Ich will in diesem Zusammenhang an alle Parteien, aber insbesondere an die FDP appellieren, weil sie sehr häufig die Transparenz eingefordert hat. Ich lese aus einer Pressemitteilung der FDP-Fraktion vor. Dort heißt es.

Eine offene Ausschreibung des Präsidentenpostens, bei der sich jeder Mann und jede Frau unter

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.12.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u. a. und Fraktion FW; Kernbrennstoffsteuer - negative Auswirkungen auf den Staatshaushalt und die kommunalen Finanzen verhindern (Drucksache 16/6473)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert	X		
<b>Arnold</b> Horst	X		
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X		
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried			
<b>Bause</b> Margarete	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas			
<b>Biechl</b> Annemarie		X	
<b>Biedefeld</b> Susann			
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X	
<b>Dechant</b> Thomas			
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X		
<b>Dodell</b> Renate		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
<b>Felbinger</b> Günther	X		
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus	X		
<b>Franke</b> Anne	X		
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Goderbauer</b> Gertraud			
<b>Görlitz</b> Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva	X		
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Hacker</b> Thomas		X	
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hallitzky</b> Eike	X		
<b>Hanisch</b> Joachim	X		
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim			
Dr. <b>Herz</b> Leopold			
<b>Hessel</b> Katja			
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel			
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Imhof</b> Hermann			
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Jung</b> Claudia			
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver		X	
<b>Klein</b> Karsten		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha			
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Ländner</b> Manfred		X	
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa			
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria			
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele	X		
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard			
<b>Pointner</b> Mannfred	X		
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Ritter</b> Florian			
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rötter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Schwimmer</b> Jakob			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Steiner</b> Klaus			
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone	X		
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wagemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit			
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg			
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell			
<b>Zeil</b> Martin			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zelmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	61	79	0